INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Staatliche Leistungsschwäche

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 22 vom 26. Januar 2023

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 22 vom 26. Januar 2023, S. 8, unter dem Titel:

"Keine gute Prognose. Die Deutschen sind mit dem Land zufrieden, sehen es aber im Niedergang.“

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Pessimistische Zukunftsaussichten
	A	2	Wird Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen?
	A	3	Lange Wartezeiten bei den Behörden
	A	4	Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Politik im Vergleich
	A	5	Modernität von Wirtschaft und Politik im Vergleich
	A	6	Erwartete Verbesserung oder Verschlechterung in einzelnen Bereichen
	A	7	Nur geringes Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Viele Stärken
		2	Was immer mehr als Stärke gilt
		3	Wachsende Zweifel am Gesundheitssystem
		4	Nicht mehr funktionsfähig?
		5	Problemfelder
		6	Ursachenanalyse

O r i g i n a l m a n u s k r i p t

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Staatliche Leistungsschwäche

Bundeskanzler Scholz hat seinen Auftritt in Davos genutzt, um die Stärken Deutschlands zu betonen und zu Investitionen in Deutschland aufzurufen. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung attestiert dem Land viele Stärken – gerade auch solche, die für Investitionsüberlegungen eine große Rolle spielen wie Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, Standortbedingungen, Leistungsbereitschaft der Menschen, politische Stabilität, Qualitätsbewusstsein und der Stand von Wissenschaft und Forschung. Deutschland wird als starkes und auch als attraktives Land gesehen. Die überwältigende Mehrheit lebt gerne in Deutschland und 83 Prozent sehen den Lebensstandard und die Lebensqualität als besondere Stärke, 84 Prozent auch das kulturelle Angebot, 79 Prozent das Qualitätsbewusstsein von Bevölkerung und Unternehmen. Zwei Drittel der Bevölkerung

Schaubild 1

halten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen wie auch die Unterstützung der Wirtschaft durch den Staat für eine Stärke des Landes; gleichzeitig dominiert die Überzeugung, dass die wirtschaftlichen Erfolge auch wesentlich auf faire Arbeitsbedingungen und eine hohe Leistungsbereitschaft zurückgehen: Rund 70 Prozent sehen in den Arbeitsbedingungen wie auch in der Leistungsbereitschaft der Menschen eine besondere Stärke des Landes, die Mehrheit auch in den sozialen Sicherungssystemen.

Gerade die Arbeitsbedingungen wie auch die soziale Absicherung gegen Armut werden von der Bevölkerung immer mehr als Stärke des Landes empfunden. Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen waren 2017 davon 56 Prozent überzeugt, 2019 61 Prozent, jetzt sind es 70 Prozent. Die Absicherung gegen Armut hielten noch 2019 nur 39 Prozent für eine besondere Stärke des Landes, aktuell 54 Prozent. Auch der Stellenwert von Datenschutz wird zunehmend als Stärke gesehen. Das gilt neuerdings auch für die Integration von Zuwanderern, wobei zu berücksichtigen ist, dass die aktuelle Wahrnehmung von Zuwanderung in hohem Maße von Ukraine-Flüchtlingen geprägt ist, bei denen die

Schaubild 2

Bevölkerung von weitaus besseren Integrationschancen ausgeht als bei den vorherigen Flüchtlingswellen.

Bei einem Gebiet, das von der Mehrheit als Stärke Deutschlands eingeschätzt wird, sind allerdings in den letzten Jahren die Zweifel gewachsen: Das Gesundheitssystem sahen noch 2017 81 Prozent als Stärke Deutschlands, 2019 75 Prozent, aktuell nur 60 Prozent. Der Anteil derjenigen, die hier eine Schwachstelle sehen, hat sich seit 2017 von 18 auf 39 Prozent mehr als verdoppelt.

Schaubild 3

Angesichts der Stärkenanalyse der Bevölkerung ist es zunächst erstaunlich, dass nur eine Minderheit dem Land insgesamt eine gute Prognose stellen mag. Nur 31 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland sich auf Sicht der nächsten 10 Jahre gut entwickeln wird. Und auch nur 39 Prozent sind zuversichtlich, dass Deutschland in 10 bis 15 Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird; vor 5 Jahren waren davon noch 59 Prozent überzeugt. So viele Stärken die Bevölkerung mit Deutschland verbindet, wachsen gleichzeitig Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Landes, und dies geht keineswegs nur auf

Tabelle A 1

die Krisen der letzten Jahre und die Wahrnehmung zurück, dass sich die ökonomische und politische Bedeutung der Weltregionen gravierend verschiebt. Vielmehr breitet sich in der Bevölkerung Verunsicherung aus, ob das Land noch so funktioniert, wie es seinem Anspruch und seinem bisherigen Selbst- und Außenbild entspricht. Diese Verunsicherung wird durch viele Ereignisse und Entwicklungen genährt, vom Versagen beim Bau des Hauptstadtflughafens über die fahrlässige Energiepolitik der letzten Jahrzehnte, die Vernachlässigung der Bundeswehr, die durch die Pandemie offengelegte unzureichende Ausstattung der Gesundheitsämter und Schulen, die in Teilen marode Verkehrsinfrastruktur bis hin zum Digitalisierungsrückstand des Landes. 50 Prozent der Bürger haben das Gefühl, dass vieles in Deutschland nicht mehr richtig funktioniert und dass es daher mit dem Land bergab geht. Nur 14 Prozent glauben, dass Deutschland aus den Krisen der letzten Jahre gestärkt hervorgehen wird.

Schaubild 4

Tabelle A 2

Die Mehrheit diagnostiziert neben den Stärken gravierende Schwächen, sei es bei der Verkehrsinfrastruktur, der digitalen Ausstattung, der Qualität der Schulen oder der

Schaubild 5

Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In vielen Bereichen lassen Ausstattung und Funktionsfähigkeit aus Sicht der großen Mehrheit zu wünschen übrig. Das gilt nicht nur für die personelle Ausstattung im Gesundheitswesen und die Verfügbarkeit von Medikamenten, sondern besonders auch für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, die Verkehrsinfrastruktur, die Digitalisierung von Ämtern und Schulen und generell die digitale Infrastruktur, die Zuverlässigkeit staatlicher Dienstleistungen, sei es im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bahn, bei der Kinderbetreuung oder dem Schulunterricht oder auch bei der Bearbeitung von Anliegen bei Ämtern und Behörden. 62 Prozent sehen Defizite bei der Effizienz von Ämtern und Behörden; 50 Prozent der Bevölkerung haben persönlich erlebt, dass Ämter oder Behörden nicht besetzt waren oder sehr lange für eine Bearbeitung brauchten. 68 Prozent halten den Digitalisierungsstand im Bereich der öffentlichen Verwaltung für unzureichend, 61 Prozent die technische Ausstattung der Schulen; 72 Prozent kritisieren die mangelnde Zuverlässigkeit der staatlichen Transportdienstleistungen, 55 Prozent die Zuverlässigkeit von Schulunterricht und Betreuung, 68 Prozent die Verfügbarkeit von Medikamenten.

Schaubild 5

Tabelle A 3

Schaubild 5

Der sich zuspitzende Personalmangel trifft alle Bereiche, die private Wirtschaft wie den Staat. Die Probleme bei der Leistungserfüllung, die die Bürger im staatlichen Bereich kritisieren, haben teilweise mit diesem Mangel zu tun; das gilt für die unzureichende Personalausstattung im Gesundheitswesen, die sich in den nächsten Jahren dramatisch verschärfen wird, aber zunehmend auch für Ämter, Behörden und Schulen. Vieles ist jedoch mit dem Mangel an qualifizierten Kräften allein nicht zu erklären, wie der Rückstand Deutschlands bei der Digitalisierung, der Zustand der Bundeswehr, die unbefriedigende Ausstattung der Schulen, Ämter und Behörden oder die unzureichend gepflegte Verkehrsinfrastruktur.

Die Bevölkerung nimmt die Wirtschaft als wesentlich leistungsfähiger und moderner wahr als die staatlich verantworteten Bereiche. Gebeten, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anhand einer Skala von Null bis Zehn (sehr leistungsfähig) zu bewerten, vergeben 73 Prozent die hohen Stufen 7 bis 10, für die Leistungsfähigkeit des Staates lediglich jeder Zweite. Die Modernität der Wirtschaft stufen 63 Prozent als hoch ein, die des Staates 40 Prozent. Die Wirtschaft ist einem steten Veränderungsdruck ausgesetzt – durch

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Innovationen, den Wettbewerb, veränderte Kundenbedürfnisse, Kostendruck und auch durch staatliche Vorgaben; Unternehmen, die darauf nicht oder unzureichend reagieren, nehmen Schaden bis zur Gefährdung ihrer Existenz. Das gilt für den Staat nur sehr begrenzt, und das weitgehende Fehlen dieses Risikos wie auch von Gratifikationen für vorausschauendes Planen und stete Optimierung ist sicher ein Grund für die derzeitigen Funktionsdefizite.

Die Bevölkerung ist überzeugt, dass der Staat sich selbst im Weg steht, die eigene Leistungsfähigkeit mehr behindert als befördert. 79 Prozent sehen als einen Hauptgrund für Leistungsdefizite im staatlichen Bereich die Fülle der Vorschriften und wuchernde Bürokratie, zwei Drittel auch eine unklare Regelung von Verantwortung; dabei diagnostiziert die Mehrheit nicht nur, dass sich für manche Aufgaben niemand verantwortlich fühlt, sondern dass auch oft niemand Verantwortung für Mängel und Fehler übernehmen muss. Darüber hinaus leidet der Staat nach dem Eindruck der großen Mehrheit an einem Mangel an qualifizierten Personal; dabei hält die Mehrheit den Staatsdienst keineswegs für unattraktiv, nur 36 Prozent

Schaubild 6

glauben, dass eine Tätigkeit im staatlichen Bereich für qualifizierte Arbeitskräfte oft zu wenig attraktiv ist, 32 Prozent, dass Leistung im staatlichen Bereich generell nicht belohnt wird.

Die Bürger und Bürgerinnen haben wenig Hoffnung, dass sich die Leistungsfähigkeit des Staates in absehbarer Zeit verbessert. Noch am ehesten erwarten sie das bei der Digitalisierung staatlicher Leistungen, der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet und der Stärkung der Bundeswehr. Es ist aber durchweg eine Minderheit, die hier in absehbarer Zeit auf Verbesserungen hofft: 33 Prozent bei den Digitalisierungsstandards von Ämtern und Behörden, 28 Prozent bei der technischen Ausstattung der Schulen, 29 Prozent bei der Stärkung der Bundeswehr. Noch deutlich weniger Hoffnungen macht sich die Bevölkerung, dass die Leistungsfähigkeit der Ämter und Behörden in absehbarer Zeit gestärkt wird, sich die Verkehrsinfrastruktur bessert, der Zustand der Schulgebäude und die Zuverlässigkeit öffentlicher Verkehrsmittel. In Bezug auf die personelle Ausstattung des Gesundheitswesens stellt sich die Bevölkerung eher auf eine Verschlechterung der Situation ein: 49 Prozent erwarten eine Zuspitzung des

Tabelle A 6

Mangels an Pflegepersonal, nur 13 Prozent eine Entspannung dieses Problems.

Der sich zuspitzende Arbeitskräftemangel droht das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates weiter zu unterminieren. Das gilt besonders für den Gesundheitssektor, aber auch für Schulen und Betreuungseinrichtungen, Ämter und Behörden. Angesichts der demografischen Entwicklung ist hier in absehbarer Zukunft keine Entspannung zu erwarten, selbst wenn es gelingt, verstärkt qualifizierte Zuwanderung zu fördern. Umso mehr hängt davon ab, dass die anderen Maßnahmen zur Sicherung von Effizienz konsequent eingesetzt werden – wie die Entlastung der Krankenhäuser und Arztpraxen von Bürokratie, die flächendeckende Digitalisierung staatlicher Leistungen, die Verkürzungen von Planungsverfahren, die Instandsetzung von Schulgebäuden und die bessere Ausstattung der Schulen, massive Investitionen in die Infrastruktur und in die Verteidigungsfähigkeit des Landes sowie die generelle Verschlankung bürokratischer Verfahren.

Über die Ziele besteht auch in der Politik breiter Konsens, aber die Umsetzung funktioniert nur unzureichend; das wurde bei der Bekämpfung der Pandemie genauso deutlich wie bei der Umsetzung der Energiewende, den zu langsamen Fortschritten bei der Digitalisierung, bei der Umsetzung des Ziels, die Bundeswehr rasch zu stärken, oder auch bei der Realisierung des Ziels, den Wohnungsbestand rasch zu erhöhen.

Die Voraussetzungen für die Umsetzung politischer Ziele werden zu wenig berücksichtigt, und dies führt zunehmend zu Zweifeln an der Leistungsfähigkeit des Staates und der Qualität der politischen Entscheidungen. Das Vertrauen der Bevölkerung, dass die Politik die Probleme und Herausforderungen in den Griff bekommt, ist gering; lediglich 17 Prozent sind hier zuversichtlich. Angesichts der großen Transformationsprozesse ist es für die Politik jedoch eminent wichtig, dass die Bürger der Ratio und Kompetenz politischer Entscheidungen vertrauen und einen Staat erleben, der Entscheidungen qualifiziert trifft, effizient umsetzt und generell leistungsfähig ist. Dieses Vertrauen erodiert seit Jahren.

Tabelle A 7

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1023
Befragungszeitraum:	5.01. bis 18.01.2023
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Pessimistische Zukunftsaussichten

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Zurzeit steht Deutschland ja vor vielen Problemen und Herausforderungen, aber wenn Sie einmal an die nächsten 10 Jahre denken: Sind Sie da eher optimistisch oder eher pessimistisch, dass Deutschland eine gute Zukunft haben wird?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Optimistisch	31
Pessimistisch	43
Unentschieden	26
	100

FRAGE: "Was meinen Sie: Wird Deutschland in 10, 15 Jahren weltweit noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören, oder glauben Sie das nicht?“

	Bevölkerung insgesamt	
	2018	2022
	%	%
Wird noch dazugehören	59	39
Glaube das nicht	16	36
Unentschieden, keine Angabe	25	25
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11095, 12059

Wird Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste steht Verschiedenes, was uns andere über die aktuelle Situation und das kommende Jahr gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?“

Auszug aus den Vorgaben	Bevölkerung insgesamt %
Alles in allem werden wir in Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen	14

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12065

Lange Wartezeiten bei den Behörden

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In letzter Zeit gab es ja in verschiedenen Bereichen Engpässe bzw. Einschränkungen. Was von dieser Liste haben Sie persönlich erlebt, womit haben Sie persönlich Erfahrungen gemacht?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Auszug aus den Vorgaben	
Dass Ämter oder Behörden nicht besetzt waren oder sehr lange für eine Bearbeitung gebraucht haben	50

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023

Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Staat im Vergleich

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie leistungsfähig ist Ihrer Meinung nach die deutsche Wirtschaft / der Staat in Deutschland? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Leiter. Null bedeutet ‚überhaupt nicht leistungsfähig', und 10 bedeutet ‚sehr leistungsfähig'". (Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt		
	Wirtschaft	Staat	
	%	%	
sehr leistungsfähig			
10	3	2	
9	13	5	
8	34	21	
7	23	24	
6	9	14	
5	8	15	
4	4	7	
3	2	5	
2	1	1	
1	x	1	
0	x	1	
überhaupt nicht leistungsfähig			
	73		52

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023

Modernität von Wirtschaft und Staat
im Vergleich

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie modern ist Ihrer Meinung nach die deutsche Wirtschaft / der Staat in Deutschland, ich meine, wie gut ist er für künftige Aufgaben gerüstet? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Leiter. Null bedeutet ‚überhaupt nicht modern', und 10 bedeutet ‚sehr modern'". (Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt		
	Wirtschaft	Staat	
	%	%	
sehr modern			
10	2	1	
9	8	2	
8	27	15	
7	26	22	
6	11	19	
5	10	14	
4	5	9	
3	3	5	
2	x	2	
1	x	1	
0	x	1	
überhaupt nicht modern			
	63		40

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Erwartete Verbesserung oder Verschlechterung in einzelnen Bereichen

FRAGE: "Bei welchen Problemen erwarten Sie, dass sich die Situation in absehbarer Zeit verbessert, wo rechnen Sie eher mit einer Verschlechterung, und wo erwarten Sie keine Veränderung? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt."

	Bevölkerung insgesamt	
	Verbesserung %	Verschlechterung %
Verfügbarkeit von gängigen Medikamenten	34	19
Digitalisierung von Ämtern und Behörden	33	6
Versorgung mit schnellem Internet	31	4
Einsatzfähigkeit der Bundeswehr	29	17
Technische Ausstattung von Schulen	28	7
Umwelt- und Naturschutz	16	10
Zustand der Schulgebäude	14	18
Zuverlässigkeit des öffentlichen Nahverkehrs und der Bahn	13	16
Anzahl an Pflegepersonal	13	49
Zustand der Straßen	12	21
Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen	11	14
Verfügbarkeit von Handwerkern	11	33
Zuverlässigkeit von Kinderbetreuung und Schulunterricht	11	15
Notfallversorgung in Krankenhäusern	11	24
Bearbeitung von Anliegen bei Ämtern und Behörden	11	14
Unterstützung und Absicherung von Bedürftigen	6	12
Dass Gesetze und Vorschriften eingehalten werden	4	18
Versorgung mit Lebensmitteln	3	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023

Nur geringes Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Probleme und Aufgaben denken, die jetzt und in Zukunft in Angriff genommen werden müssen: Wie groß ist da Ihr Vertrauen, dass unsere Politik die Probleme auch in den Griff bekommt? Würden Sie sagen, Sie haben da …“

	Bevölkerung insgesamt
	%
„großes Vertrauen“	17
„weniger großes Vertrauen“	51
„kein Vertrauen“	21
Unentschieden	11
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B1
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU	FDP	SPD	Bü.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AfD	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl 24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl 26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5
5. - 17. November	29,5	7,0	20,0	20,0	4,0	14,0	5,5
2. - 15. Dezember	30,0	7,5	22,0	18,0	4,5	12,0	6,0
2023: 5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	6,5

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.023 Personen.

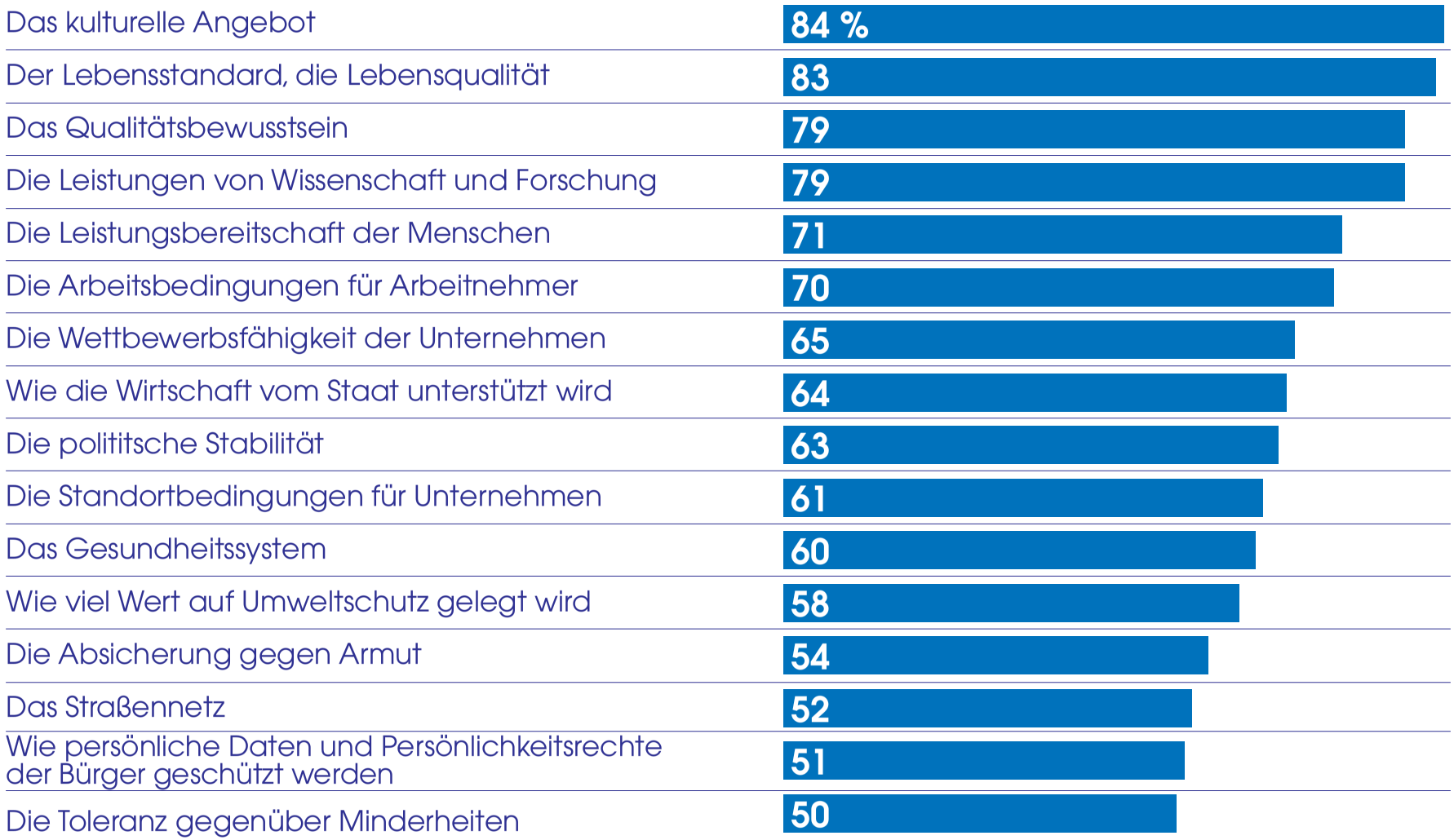
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12066

S c h a u b i l d e r

Viele Stärken

Das ist eine Stärke Deutschlands –



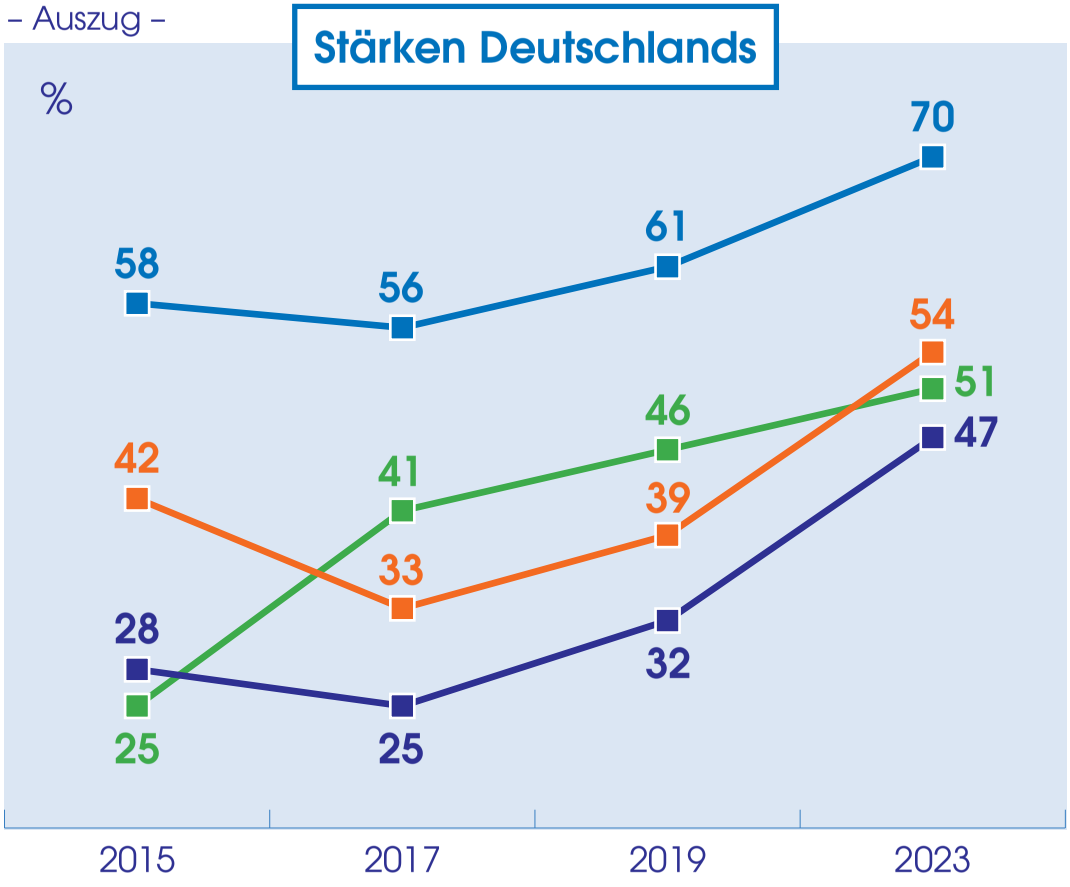
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066

© IfD-Allensbach

Was immer mehr als Stärke gilt

Frage: "Jedes Land hat ja seine Stärken und Schwächen. Wenn Sie bitte einmal diese Karten hier durchsehen: Was davon ist Ihrer Meinung nach in Deutschland gut, was ist also eher eine Stärke Deutschlands, und was ist in Deutschland Ihrer Meinung nach nicht so gut, was ist eher eine Schwäche?"

– Auszug –

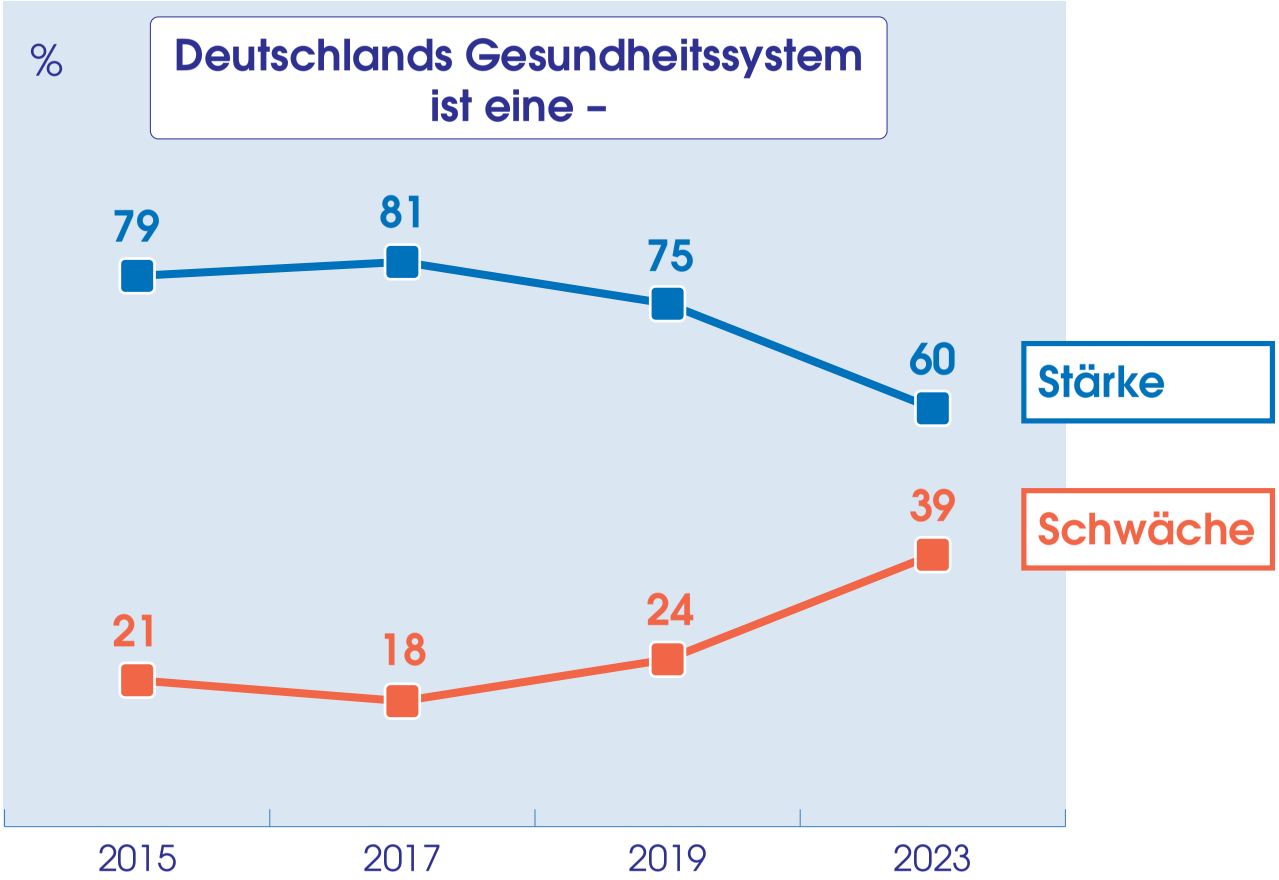


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12066

© IfD-Allensbach

Wachsende Zweifel am Gesundheitssystem

Frage: "Jedes Land hat ja seine Stärken und Schwächen. Wenn Sie bitte einmal diese Karten hier durchsehen: Was davon ist Ihrer Meinung nach in Deutschland gut, was ist also eher eine Stärke Deutschlands, und was ist in Deutschland Ihrer Meinung nach nicht so gut, was ist eher eine Schwäche?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12066

© IfD-Allensbach

Nicht mehr funktionsfähig?

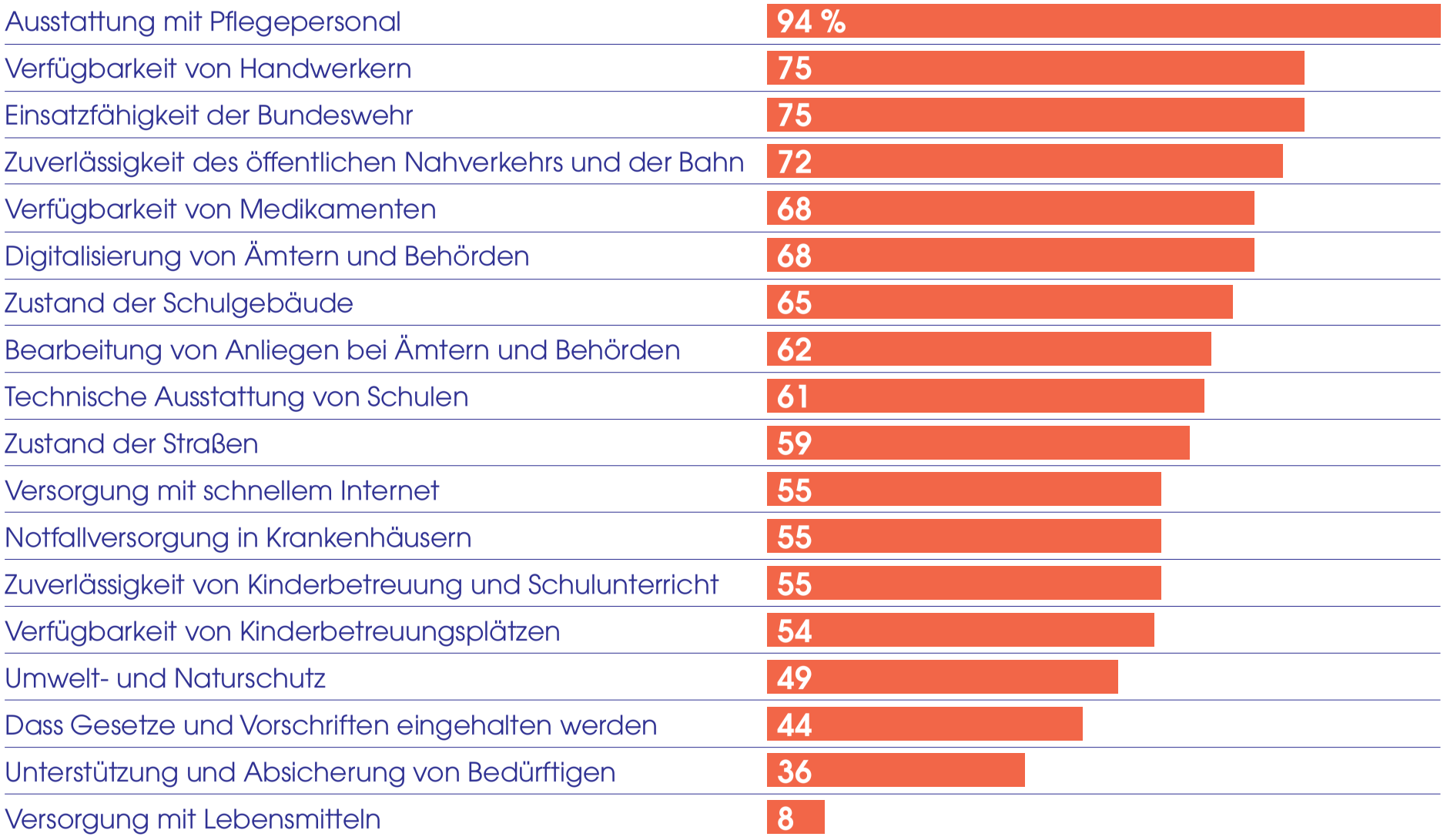
	Bevölkerung insgesamt
	%
"Ich habe in letzter Zeit verstärkt das Gefühl, dass vieles in Deutschland nicht mehr richtig funktioniert. Mit Deutschland geht es meiner Meinung nach bergab."	**50**
"Das sehe ich anders. Natürlich gibt es aufgrund der aktuellen Krisen hier Probleme. Aber mit Deutschland geht es nicht bergab, wir sind nach wie vor ein gut funktionierendes Land."	**40**
Unentschieden	**10**
	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066

© IfD-Allensbach

Problemfelder

Da gibt es in Deutschland größere Probleme –

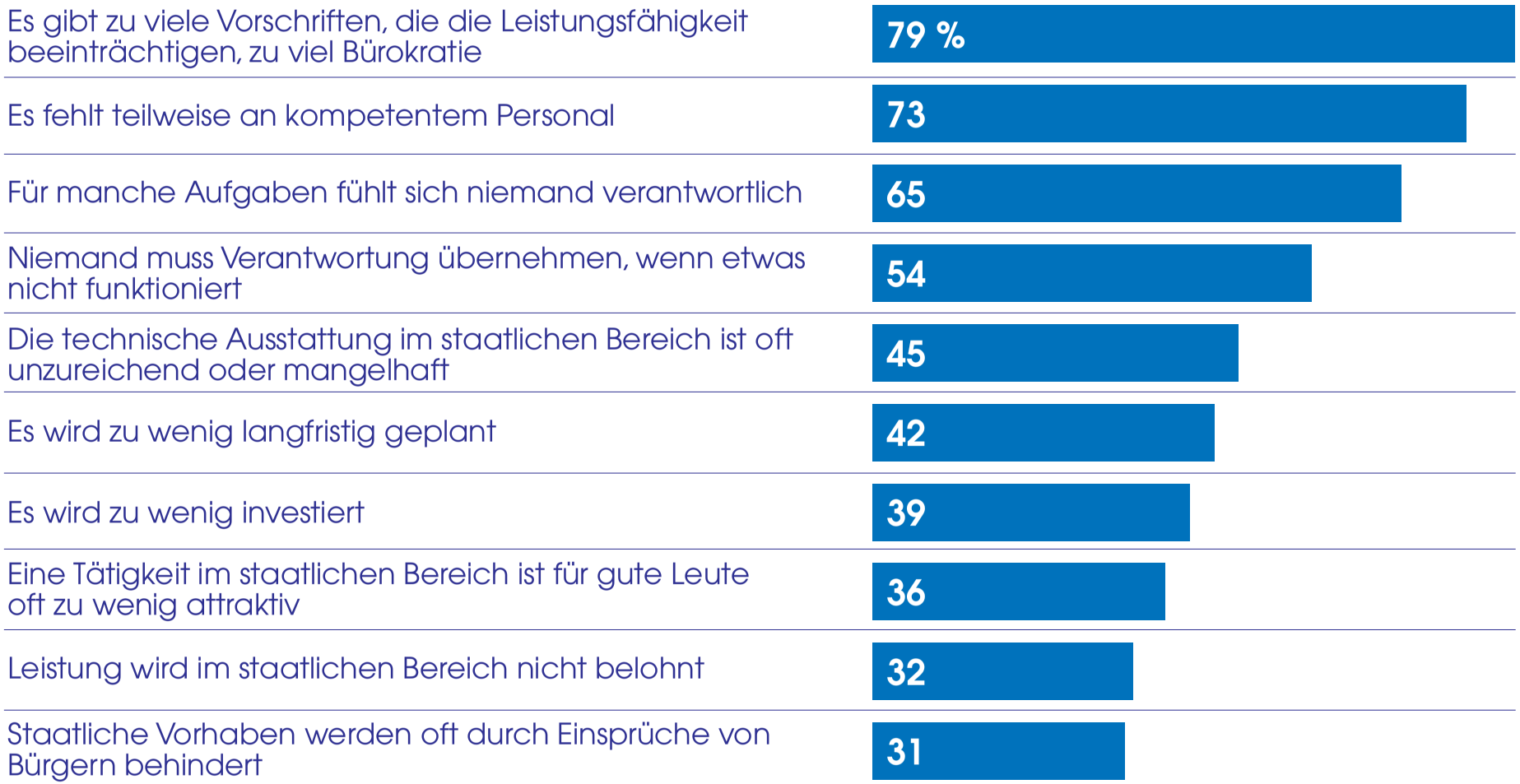


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066

© IfD-Allensbach

Ursachenanalyse

Frage: "Was sind Ihrer Meinung nach vor allem die Ursachen dafür, dass der Staat in Deutschland teilweise nicht besonders leistungsfähig ist?"



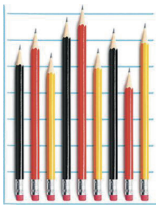
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066

© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 22
vom 26. Januar 2023 Nr. 22, S. 8, unter dem Titel:
"Keine gute Prognose. Die Deutschen sind mit dem
Land zufrieden, sehen es aber im Niedergang.“

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Keine gute Prognose



Die Deutschen sind mit dem Land zufrieden, sehen es aber im Niedergang.

Von Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Bundeskanzler Scholz hat seinen Auftritt in Davos genutzt, um die Stärken Deutschlands zu betonen und zu Investitionen in Deutschland aufzurufen. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung attestiert dem Land viele Stärken – gerade auch solche, die für Investitionsüberlegungen eine große Rolle spielen wie Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, Standortbedingungen, Leistungsbereitschaft der Menschen, politische Stabilität, Qualitätsbewusstsein und der Stand von Wissenschaft und Forschung. Deutschland wird als starkes und auch als attraktives Land gesehen. Die überwältigende Mehrheit lebt gerne in Deutschland, und 83 Prozent sehen den Lebensstandard und die Lebensqualität als besondere Stärke, 84 Prozent auch das kulturelle Angebot, 79 Prozent das Qualitätsbewusstsein von Bevölkerung und Unternehmen. Zwei Drittel der Bevölkerung halten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen wie auch die Unterstützung der Wirtschaft durch den Staat für eine Stärke des Landes; gleichzeitig dominiert die Überzeugung, dass die wirtschaftlichen Erfolge auch wesentlich auf faire Arbeitsbedingungen und eine hohe Leistungsbereitschaft zurückgehen: Rund 70 Prozent sehen in den Arbeitsbedingungen wie auch in der Leistungsbereitschaft der Menschen eine besondere Stärke des Landes, die Mehrheit auch in den sozialen Sicherungssystemen.

Gerade die Arbeitsbedingungen wie auch die soziale Absicherung gegen Armut werden von der Bevölkerung immer mehr als Stärke des Landes empfunden. Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen waren 2017 davon 56 Prozent überzeugt, 2019 61 Prozent, jetzt sind es 70 Prozent. Die Absicherung gegen Armut hielten noch 2019 nur 39 Prozent für eine besondere Stärke des Landes, aktuell 54 Prozent. Auch der Stellenwert von Datenschutz wird zunehmend als Stärke gesehen. Das gilt neuerdings auch für die Integration von Zuwanderern, wobei zu berücksichtigen ist, dass die aktuelle Wahrnehmung von Zuwanderung in hohem Maße von Ukraine-Flüchtlingen geprägt ist, bei denen die Bevölkerung von weitaus besseren Integrationschancen ausgeht als bei den vorherigen Flüchtlingswellen.

In einem Gebiet, das von der Mehrheit als Stärke Deutschlands eingeschätzt wird, sind allerdings in den letzten Jahren die Zweifel gewachsen: Das Gesundheitssystem sahen 2017 noch 81 Prozent als Stärke Deutschlands an. 2019 waren es 75 Prozent, nun sind es nur noch 60 Prozent. Der Anteil derjenigen, die hier eine Schwachstelle sehen, hat sich seit 2017 von 18 auf 39 Prozent mehr als verdoppelt.

Angesichts der Stärkenanalyse der Bevölkerung ist es zunächst erstaunlich, dass nur eine Minderheit dem Land insgesamt eine gute Prognose stellen mag. Nur 31 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland sich auf Sicht der nächsten zehn Jahre gut entwickeln wird. Und auch nur 39 Prozent sind zuversichtlich, dass Deutschland in zehn bis 15 Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird; vor fünf Jahren waren davon noch 59 Prozent überzeugt. Trotz der Stärken, die die Bevölkerung mit Deutschland verbindet, wachsen gleichzeitig Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Landes. Das geht keineswegs nur auf die Krisen der vergangenen Jahre und die Wahrnehmung zurück, dass sich die ökonomische und politische Bedeutung der Weltregionen gravierend verschiebt. Vielmehr breitet sich in der Bevölkerung Verunsicherung aus, ob das Land noch so funktioniert, wie es seinem Anspruch und seinem bisherigen Selbst- und Außenbild entspricht. Diese Verunsicherung wird durch viele Ereignisse und Entwicklungen genährt, vom Versagen beim Bau des Hauptstadtflughafens über die fahrlässige Energiepolitik der vergangenen Jahrzehnte, die Vernachlässigung der Bundeswehr, die durch die Pandemie offengelegte unzureichende Ausstattung der Gesundheitsämter und Schulen, die in Teilen marode Verkehrsinfrastruktur bis hin zum Digitalisierungsrückstand des Landes. 50 Prozent der Bürger haben das Gefühl, dass vieles in Deutschland nicht mehr richtig funktioniert und dass es daher mit dem Land bergab geht. Nur 14 Prozent glauben, dass Deutschland aus den Krisen der vergangenen Jahre gestärkt hervorgehen wird.

Die Mehrheit diagnostiziert neben den Stärken gravierende Schwächen, sei es bei der Verkehrsinfrastruktur, der digitalen Ausstattung, der Qualität der Schulen oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In vielen Bereichen lassen Ausstattung und Funktionsfähigkeit aus Sicht der großen Mehrheit zu wünschen übrig. Das gilt nicht nur für das Gesundheitswesen und die Verfügbarkeit von Medikamenten, sondern besonders auch für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Zuverlässigkeit staatlicher Dienstleistungen, sei es im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bahn, bei der Kinderbetreuung oder dem Schulunterricht oder auch bei der Bearbeitung von Anliegen bei Ämtern und Behörden. 62 Prozent sehen Defizite bei der Effizienz von Ämtern und Behörden; 50 Prozent der Bevölkerung haben persönlich erlebt, dass Ämter oder Behörden nicht besetzt waren oder sehr lange für eine Bearbeitung brauchten. 68 Prozent halten den Digitalisierungsstand im Bereich der öffentlichen Verwaltung für unzureichend, 61 Prozent die technische Ausstattung der Schulen; 72 Prozent kritisieren die mangelnde Zuverlässigkeit der staatlichen Transportdienstleistungen, 55 Prozent die Zuverlässigkeit von Schulunterricht und Betreuung, 68 Prozent die Verfügbarkeit von Medikamenten.

Die Bevölkerung nimmt die Wirtschaft als wesentlich leistungsfähiger und moderner wahr als die staatlich verantworteten Bereiche. Gebeten, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anhand einer Skala von null bis zehn (sehr leistungsfähig) zu bewerten, vergeben 73 Prozent die hohen Stufen 7 bis 10; für die Leistungsfähigkeit des Staates tut das lediglich jeder Zweite. Die Modernität der Wirtschaft stufen 63 Prozent als hoch ein, die des Staates 40 Prozent.

Die Bevölkerung ist überzeugt, dass der Staat sich selbst im Weg steht, die eigene Leistungsfähigkeit mehr behindert als befördert. 79 Prozent sehen als einen Hauptgrund für Leistungsdefizite im staatlichen Bereich die Fülle der Vorschriften und eine wuchernde Bürokratie, zwei Drittel auch eine unklare Regelung von Verantwortung; dabei diagnostiziert die Mehrheit nicht nur, dass sich für manche Aufgaben niemand verantwortlich fühle, sondern dass auch oft niemand Verantwortung für Mängel und Fehler übernehmen müsse. Darüber hinaus leidet der Staat nach dem Eindruck der großen Mehrheit an einem Mangel an qualifiziertem Personal; dabei hält die Mehrheit den Staatsdienst keineswegs für unattraktiv. Nur 36 Prozent glauben, dass eine Tätigkeit im staatlichen Bereich für qualifizierte Arbeitskräfte oft zu wenig attraktiv ist, 32 Prozent, dass Leistung im staatlichen Bereich generell nicht belohnt wird.

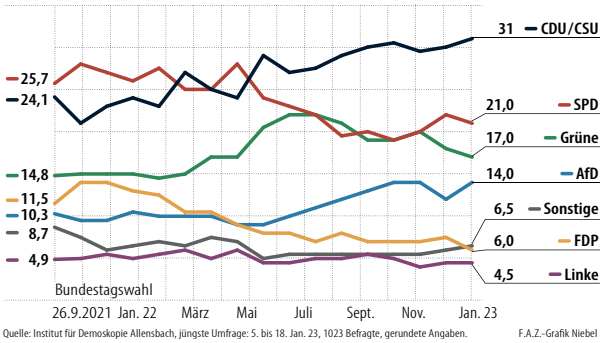
Die Bürger und Bürgerinnen haben wenig Hoffnung, dass sich die Leistungsfähigkeit des Staates in absehbarer Zeit verbessert. Noch am ehesten erwarten sie das bei der Digitalisierung staatlicher Leistungen, der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet und der Stärkung der Bundeswehr. Es ist aber durchweg eine Minderheit, die auf baldige Verbesserungen hofft: 33 Prozent bei den Digitalisierungsstandards von Ämtern und Behörden, 28 Prozent bei der technischen Ausstattung der Schulen, 29 Prozent bei der Stärkung der Bundeswehr. Noch deutlich weniger Hoffnungen macht sich die Bevölkerung, dass die Leistungsfähigkeit der Ämter und Behörden in absehbarer Zeit gestärkt wird, sich die Verkehrsinfrastruktur bessert, der Zustand der Schulgebäude und die Zuverlässigkeit öffentlicher Verkehrsmittel. In Bezug auf die personelle Ausstattung des Gesundheitswesens stellt sich die Bevölkerung eher auf eine Verschlechterung der Situation ein: 49 Prozent erwarten eine Zuspitzung des Mangels an Pflegepersonal, nur 13 Prozent eine Entspannung dieses Problems.

Der sich zuspitzende Arbeitskräftemangel droht das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates weiter zu unterminieren. Das gilt besonders für den Gesundheitssektor, aber auch für Schulen und Betreuungseinrichtungen, Ämter und Behörden. Angesichts der demographischen Entwicklung ist hier in absehbarer Zukunft keine Entspannung zu erwarten, selbst wenn es gelingt, verstärkt qualifizierte Zuwanderung zu fördern. Umso mehr hängt davon ab, dass die anderen Maßnahmen zur Sicherung von Effizienz konsequent eingesetzt werden – wie die Entlastung der Krankenhäuser und Arztpraxen von Bürokratie, die flächendeckende Digitalisierung staatlicher Leistungen, die Verkürzungen von Planungsverfahren, die bessere Ausstattung der Schulen, massive Investitionen in die Infrastruktur und in die Verteidigungsfähigkeit des Landes sowie die Verschlankung bürokratischer Verfahren.

Über die Ziele besteht auch in der Politik breiter Konsens, aber die Umsetzung funktioniert nur unzureichend; das wurde bei der Bekämpfung der Pandemie genauso deutlich wie bei der Umsetzung der Energiewende, den zu langsamen Fortschritten bei der Digitalisierung, bei der Umsetzung des Ziels, die Bundeswehr rasch zu stärken, oder auch bei der Realisierung des Ziels, den Wohnungsbestand rasch zu erhöhen. Die Voraussetzungen für die Umsetzung politischer Ziele werden zu wenig berücksichtigt, und dies führt zunehmend zu Zweifeln an der Leistungsfähigkeit des Staates und der Qualität der politischen Entscheidungen. Das Vertrauen der Bevölkerung, dass die Politik die Probleme und Herausforderungen in den Griff bekommt, ist gering; lediglich 17 Prozent sind hier zuversichtlich. Angesichts der großen Transformationsprozesse ist es für die Politik jedoch eminent wichtig, dass die Bürger der Ratio und Kompetenz politischer Entscheidungen vertrauen und einen Staat erleben, der Entscheidungen qualifiziert trifft, effizient umsetzt und generell leistungsfähig ist. Dieses Vertrauen erodiert seit Jahren.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

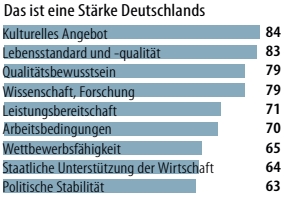


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 5. bis 18. Jan. 23, 1023 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel

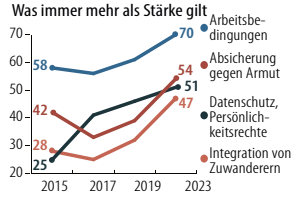
Deutschlands Stärken und Schwächen

in %

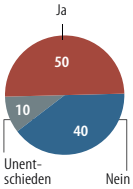
Das ist eine Stärke Deutschlands



Was immer mehr als Stärke gilt



Funktioniert in Deutschland vieles nicht mehr?



Wo gibt es größere Probleme

Wenig Pflegepersonal	94
Wenig Handwerker	75
Bundeswehr	75
Zuverlässiger ÖPNV	72
Verfügbarkeit Medikamente	68
Digitalisierung der Ämter	68
Zustand Schulgebäude	65
Bearbeitungsstau der Ämter	62
Technische Ausstattung Schulen	61
Zustand Straßen	59

Ursachen staatlicher Schwächen

Zu viel Bürokratie, Vorschriften	79
Fehlen kompetenten Personals	73
Niemand fühlt sich verantwortlich	65
Keiner muss Fehler verantworten	54
Technische Ausstattung	45
Zu wenig langfristige Planung	42
Zu wenig Investitionen	39
Unattraktive Arbeit für Kompetente	36
Leistung wird nicht belohnt	32
Zu viele Einsprüche von Bürgern	31

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel